

Die Tribüne

Die unabhängige Plattform für eine kritische Beobachtung der Politik im Kanton Zürich!

Jetzt anmelden
die-tribuene.ch

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik Die erfolgreichste Währung der Welt von <i>Martin Bürlimann</i> Seite 2	Kanton Zürich Linke wollen Zwang zur Suizid-Beihilfe von <i>Tobias Infortuna</i> Seite 3	Aktuell Verlotterung der Regierungstätigkeit von <i>Christoph Blocher</i> Seite 5	Parlamentsgemeinden Rückkehr der SVP in den Stadtrat als Ziel von <i>Daniel Huber</i> Seite 6	Veranstaltungs-Tipp Hat die Schweizer Demokratie eine Zukunft? Seite 8
--	--	---	---	---

ABSTIMMUNG VOM 8. MÄRZ 2026

Warum 200 Franken genügen

Die SRG-Initiative vom 8. März 2026 entlastet die Bürger ebenso wie die Unternehmen. Und sie zwingt die öffentlich-rechtlichen Monopolsender, sich wieder auf den Kernauftrag zu besinnen.



Mit einem JA zur SRG-Initiative bleibt allen mehr Geld im Portemonnaie zum Leben.

Bild: Adobe Stock

Es ist kein Geheimnis: Der Medienkonsum der Schweizerinnen und Schweizer hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Die SRG-Gebührensenkungsinitiative «200 Franken sind genug!» nimmt diese Veränderung auf. Denn: Die Konsumenten müssen entlastet werden. Eine Senkung von 335 Franken auf 200 Franken ist angemessen. Genauso angemessen ist es, dass alle Unternehmen von der SRG-Gebühr

befreit werden. Steigende Mieten, steigende Krankenkassenprämien, steigen-

«Es ist Zeit, dass sich die SRG wieder auf ihren Grundauftrag besinnt.»

de Lebenshaltungskosten – mit diesen Problemen kämpfen die Bürgerinnen

und Bürger seit Langem. Mit unserer Gebührenreduktion auf 200 Franken bleibt allen mehr Geld zum Leben. Jedes Jahr!

Grobe Verfehlungen
Gleichzeitig zwingt die Initiative die SRG, sich auf ihren Grundauftrag zu besinnen. Die SRG hat sich in vielen Bereichen ausgebreitet, in denen es sich nicht mehr um Service public handelt.

Eine in diesen Bereichen verkleinerte SRG lässt den privaten Medien mehr Raum und Luft. Auch hat die journalistische Arbeit der SRG seit Langem eine politische Schlagseite nach links. Laut einer Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ordnen sich etwa 70 Prozent der SRG-Journalisten als «links» ein. Diese Zahl schlägt sich in der journalistischen Arbeit nieder.

Die Beispiele für grobe Verfehlungen sind zahlreich: Rassismus-Vorwurf des Moderators an einen SVP-Vertreter in der Sendung «Arena», Satire-Formate, die ausschliesslich eine Partei angreifen, oder die Bezeichnung einer Korrespondentin von linksextremem Gewalt

«Schweizer zahlen derzeit die höchsten Radio- und TV-Gebühren weltweit.»

als «wehrhafte Demokratie» in der «Tagesschau». Zuschauer und Betroffene wehren sich darum zunehmend gegen die einseitige Berichterstattung: Die Zahl der eingereichten Beschwerden gegen die SRG bei der Unabhängigen Beschwerdeinstanz (UBI) hat zwischen 2018 und 2024 von 29 auf 45 zugenommen. Das ist ein Zuwachs von über 50 Prozent.

Nicht einschüchtern lassen
Die Gegner behaupten, die Initiative bedrohe das, was die Schweiz im Kern ausmache: Vielfalt, Zusammenhalt, Unabhängigkeit. Das ist Unsinn. Denn es gab eine Schweiz vor der SRG. Und private Medienhäuser decken längst alle Sprachregionen ab. Auch müssen wir uns bewusst sein: Die SRG nimmt jedes Jahr rund 13 Millionen Franken mehr an Gebühren ein, da die Schweiz durch

die Zuwanderung jährlich um rund 40 000 Haushalte wächst. Das heisst, die SRG wächst und wächst, die privaten Medien hingegen müssen an allen Ecken und Enden sparen. Genau diese

«Auch mit 850 Millionen Franken kann die SRG hochqualitativ arbeiten.»

Schieflage ist es vielmehr, die Unabhängigkeit, Vielfalt und Zusammenhalt gefährdet.

Die SRG-Initiative «200 Franken sind genug!», über die am 8. März abgestimmt wird, sorgt für das notwendige Korrektiv. Die SRG kann nicht mehr ins Unendliche wachsen.

Und schliesslich drohen die Gegner damit, dass unsere Initiative die Übertragung des Lauberhorn-Rennens und anderer Sportveranstaltungen gefährde. Das ist reine Angstmacherei. Mit 850 Millionen (!) Franken ist die SRG auch in Zukunft ohne Weiteres in der Lage, die gesamte Schweizer Bevölkerung mit einem hochqualitativen Radio- und TV-Informations- und Sportprogramm in allen Sprachregionen zu versorgen.

Unterstützen Sie die Kampagne auf srg-initiative.ch oder scannen Sie den QR-Code:



Thomas Matter
Nationalrat SVP und Initiator der SRG-Initiative Meilen

Mehr Geld für meine Enkel!

Junge Menschen nutzen heute weder TV noch Radio, sondern informieren und unterhalten sich über private Internetplattformen. Trotzdem müssen sie jedes Jahr 335 Fr. SRG-Gebühren zahlen. Das ist ungerecht.

www.srg-initiative.ch

Öffentlicher Informationsabend

Vertragspaket Schweiz/EU

mit den Nationalräten
Barbara Steinemann und **Gregor Rutz**

Montag
9. Februar 2026
19.30 Uhr

Gasthaus Hirschen
Zürichstrasse 2, 8340 Hinwil

Anschliessend Apéro sowie Möglichkeit zum Austausch mit den Hinwiler SVP-Kandidaten für die Gemeindebehörden

svp-hinwil.ch



Wie die SRG von anderen abschreibt

Die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft SRG behauptet von sich, keine Propaganda gegen die Gebührensenkungsinitiative zu betreiben. Was die Anstalt mit ihrer «Beizentour» von Generaldirektorin Susanne Wille und der jüngsten Themenwoche «Fakt oder Fake» gleich selber widerlegte. Diese Fake-Woche stand allerdings unter einem bösen Stern. Schon am Montag verkündete die «Tagesschau»-Sprecherin die frohe Botschaft: «Letztes Jahr haben 26 000 Personen ein Asylgesuch gestellt. Etwas weniger als im Jahr davor. Und gleichzeitig haben rund 83 000 die Schweiz verlassen.» Damit sollte der Eindruck erweckt werden, die Zuwanderung nehme stark ab. Mit dem durchschnittlichen Ziel, der SVP-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» den Wind aus den Segeln zu nehmen – indem man die gleichzeitige Zuwanderung von 165 000 Personen verschwieg. Dazu kommen die 26 000 neuen «Asylsuchenden» und die 13 000 «Schutzsuchenden» aus der Ukraine. Wie kam es zu dieser gigantischen Fehlleistung der «Tagesschau» des Schweizer Fernsehens?

Die Antwort ist einfach: Indem einer vom anderen ungeprüft abschreibt. Die Fehlerkaskade begann schon mit der Jubel-meldung des Staatssekretariats für Migration unter SP-Bundesrat Beat Jans. Im Titel wurde dort verbreitet: «Nettozuwanderung und Zahl der Asylgesuche sind 2025 zurückgegangen». Die Zahl 165 000 der Zuwanderung in die ständige ausländische Wohnbevölkerung fand im Lead dieser Mitteilung nicht statt.

Die Nachrichtenagentur Keystone-SDA («Schnell. Verlässlich. Präzise.») übernahm die beschönigenden Formulierungen. Und diente dem Schweizer Fernsehen und auch Tamedia als Quelle («Zehntausende verlassen die Schweiz»). Was man aber nicht sagen durfte. Weil diese Agentur Millionen aus dem SRG-Gebührentopf erhält. Und weil man zugeben müsste, dass die «Tagesschau» ungeprüft Texte und Zahlen abschreibt. Was mit dem Existenzrecht als kritisches Medienhaus schlecht zusammenpasst. Susanne Wille verspricht unentwegt, die SRG wolle «besser werden». Nur: «Wo du hörst schöne Schwürel Steht die Lüge vor der Türe.»

SCHLEICHENDE BARGELD-ABSCHAFFUNG STOPPEN

Die erfolgreichste Währung der Welt

Der Franken ist eine der stärksten Währungen der Welt. Man sollte sich gut überlegen, eine solche Erfolgsgeschichte mit der Abschaffung des Bargeldes zu beschädigen.



Martin Bürlimann
Alt Gemeinderat SVP
Wettingen AG

Wenn der Dollar schwächelt, steigt der Franken. Dies ist ein Qualitätsmerkmal für eine starke Währung. Davon profitieren wir alle. Der Schweizer Franken hat alle Stürme überstanden und viele Währungen anderer Staaten überlebt. Die Lateinische Münzunion war ein Versuch von mehreren Staaten, das Münzwesen zu vereinfachen. 1865 gründeten Frankreich, Belgien, Griechenland, Italien und die Schweiz eine Münzunion. Die Mitgliedstaaten prägten ihre eigenen Währungen, einigten sich aber auf Nominale und Silbergehalt. Das heisst, alle Währungen waren in Hunderter-Einheiten eingeteilt; der Franken in 100 Rappen oder die Lira in 100 Centesimi. Alle Währungen hatten zudem den gleichen Silberanteil mit «Silber 900/1000 fein», was einem Silberanteil von 90 Prozent entspricht. Ein Franken wog 5 Gramm und enthielt 4,5 Gramm Silber, genauso die Lira, die Drachme und die Belgischen und Französischen Francs.

Stabilität dank Volksabstimmung

Das Besondere am Schweizer Franken ist, dass er als einzige Währung eine Volksabstimmung überstehen musste.

SCHWEIZUNFÄHIGE EU IM STAHLSTREIT

Was nützen eigentlich die Kohäsionsmilliarden?

Ein Ausschuss des Europäischen Parlaments will keine Ausnahme für Schweizer Stahl bei den geplanten Schutzmassnahmen der EU. Der Ausschuss beriet einen Vorschlag der Europäischen Kommission zur Einführung von Schutzmassnahmen auf Stahl.



Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär SVP
Pfäffikon

Von den Massnahmen ausgenommen wären einzig die Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR): Norwegen, Island und Liechtenstein. Noch kürzlich wollte der Bundesrat bei bilateralen Treffen mit EU-Kommissionsmitgliedern am Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos über eine Gleichstellung der Schweiz mit den EWR-Staaten reden.

Keine Ausnahme

Die EU hat noch keinen Entscheid in diesem Dossier getroffen. Der Ausschuss legte lediglich die Position des Parlaments für Verhandlungen mit dem Rat der Mitgliedstaaten fest. Letztgenannter sieht auch keine Ausnahme für die Schweiz vor, wie seinem im Dezember verabschiedeten Verhandlungsmandat zu entnehmen war.

Damit der Vorschlag in Kraft treten kann, braucht es aber eine Einigung beider Gesetzgeber, also des Parlaments und des Rats. Eine Einigung ist laut EU-Parlament im Frühling 2026 zu erwarten.

Am 29. Januar 2026 fand auf Antrag der Schweiz ein ausserordentliches Treffen des Gemischten Ausschusses zum Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union in Brüssel statt. Diskutiert wurden die von der EU geplanten Massnahmen auf Stahleinführen sowie die Schutzmassnahmen der EU gegenüber Einführen von bestimmten Ferrolegierungen.

Massnahmen sollen Freihandel nicht beeinträchtigen

Im Rahmen des Gemischten Ausschusses forderte die Schweiz eine Ausge-

Bei der Gründung unseres Bundesstaates 1848 war auch das «Münzregal» enthalten, die Zentralisierung des Geldwesens. Zuvor gab es kantonale Währungen. Zwei Jahre später, 1850, prägte der Bund den ersten Schweizer Franken in der mit Ausnahme des Ein- und Zweiräpplers heute noch gültigen Stückelung von 5 und 10 Rappen, ½, 1, 2 und 5 Franken. Der Bund orientierte sich dabei am dezimalen System der Münzunion.

Den Schweizer Franken gibt es noch, alle anderen Währungen sind verschwunden. Mark, Lira oder Franc haben nicht

überlebt. Sie wurden von der Inflation zerfressen wie die Lira, in Kriegen ausgelöscht und dann von den Regierungen, ohne das Volk zu befragen, im Euro aufgelöst.

Die älteste Umlaufmünze der Welt

Das Zehn-Rappenstück mit Jahrgang 1879 ist die weltweit älteste Münze, die noch im Umlauf ist. Sie hat zwei Weltkriege und alle Wirtschaftskrisen überstanden. Bei einem Durchmesser von 19 Millimeter wiegt sie 3 Gramm und besteht aus einer Kupfer-Nickel-Legie-



«Libertas» steht auf dem Diadem auf unserem Zehnräppler. Der Jahrgang 1879 ist noch kursgültig. Es ist die älteste Umlaufmünze der Welt und steht für die Erfolgsgeschichte des Frankens.

Bild: zVg

teralen Beziehungen und hohen wirtschaftlichen Verflechtung ausgenommen wird. Die wirtschaftlichen Folgen für die Schweiz sind aufgrund des relativ geringen Exportvolumens der betroffenen Produkte in die EU eher gering. Darüber hinaus hat die Schweiz deutlich ihre Besorgnis über mögliche Exportrestriktionen der EU für Aluminiumschrott zum Ausdruck gebracht.

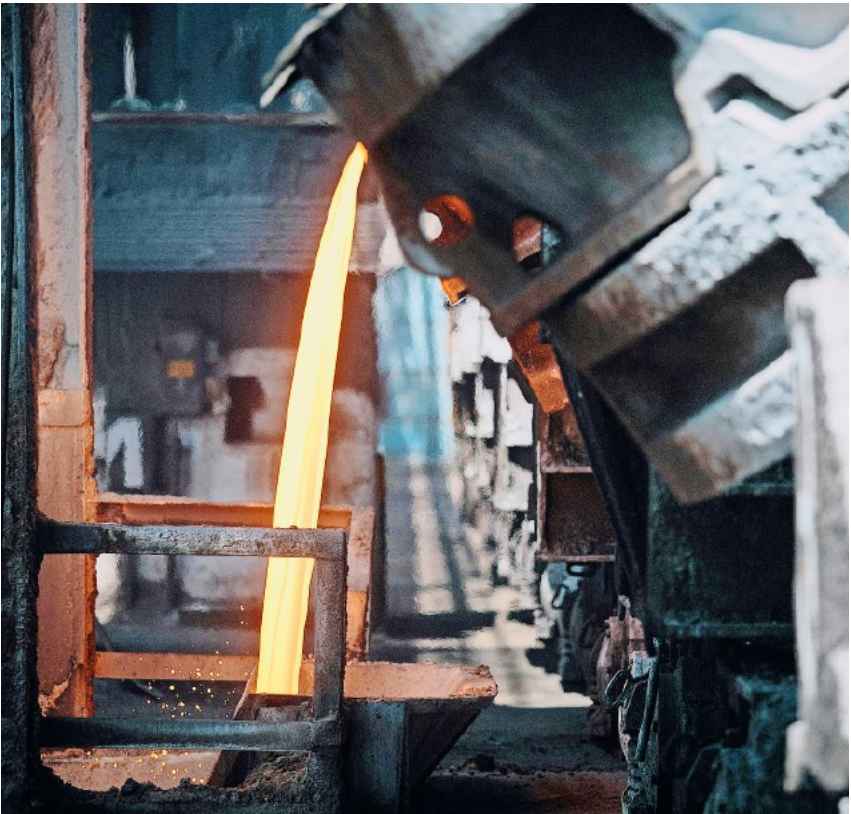
Kohäsionsmilliarden funktionieren nicht

Die Vorschläge für Stahlmassnahmen sowie Schutzmassnahmen auf Ferrolegierungen sind laut Seco im Kontext der Welthandelsorganisation (WTO) und des Freihandelsabkommens zwischen

der Schweiz und der EU zu verorten. Sie seien nicht Gegenstand des Pakets Schweiz–EU. Aber dieses Paket ist hängig. Man dürfte von der EU als Partnerin eigentlich erwarten, dass solche Stahlmassnahmen abgesprochen werden. Aber offenbar will die EU gegen-

«Dankbarkeit für unsere Kohäsionsmilliarden ist in der EU nirgends zu spüren.»

über der Schweiz auch schon im Kleinen die Zähne zeigen. Dankbarkeit gegenüber unseren im vorausseilenden Gehorsam bezahlten Kohäsionsmilliarden ist in der EU nirgends zu spüren. Schlechte Aussichten für eine vom Bundesrat immer wieder behauptete Partnerschaft auf gleicher Ebene.



Ein Ausschuss des Europäischen Parlaments will keine Ausnahme für Schweizer Stahl bei den geplanten Schutzmassnahmen der EU.

Bild: Pexels

BERICHT AUS DEM KANTONS RAT

Das Gesetz steht über dem Tod

Obwohl vielen Kantonsräten an diesem Montag noch das farbige Konfetti der Fasnacht an den Schuhsohlen klebte, war niemand in richtig lustiger Stimmung, nicht einmal in streitlustiger Stimmung. Es ging nämlich um ein emotionales und sensibles Thema: Sterbehilfe.



Tobias Infortuna
Kantonsrat SVP
Egg

«Selbstbestimmung am Lebensende auch in Alters- und Pflegeheimen» lautete die Initiative von linksgrüner Seite zur Ausweitung der Sterbehilfe, die am Montag im Rat besprochen wurde. Lorenz Habicher wies für die SVP gleich zu Beginn darauf hin, dass der Titel dieser Initiative eine Mogelpackung sei. In staatlichen Alters- und Pflegeheimen des Kantons Zürich besteht die Möglichkeit der Suizidhilfe nämlich schon seit drei Jahren. Die Initiative will nun aber auch private Institutionen und sogar Spitäler, psychiatrische Einrichtungen und Gefängnisse dazu verpflichten. Wenn der Staat sich einmischt, wird es immer komplizierter als nötig. Das zeigte sich auch anhand der Ratsdebatte.

Regulierungen von Geburt bis Tod
Im Laufe des Vormittags wurden die verschiedenen Ausgestaltungen der Initiative anhand mehrerer Minderheitsanträge diskutiert. Die Ratslinke betonte die Selbstbestimmung am Lebensende und wies auf allfällige Patienten hin, die todkrank seien und nur noch

sterben möchten, aber zu krank für einen Transport nach Hause seien. Vonseiten der SVP/EDU-Fraktion wurde kritisiert, dass auf diese Weise private Institutionen gezwungen würden, gegen ihre ethischen Richtlinien zu verstossen. Oder wie es die neutrale Berichterstattung des Schweizer Fernsehens ausdrücken würde: «Die SVP will den Tod verbieten.»

FDP uneinig von Geburt bis Tod
Besonders zu reden gab die Forderung, auch Patienten in Spitälern und psychiatrischen Kliniken den Zugang zu Suizidhilfe zu gewähren. Ein Arzt aus den Reihen der FDP gab zu bedenken, dass in Psychiatrien häufig Leute mit Selbstmordabsichten eingeliefert würden. Die Arbeit des dortigen Personals konzentrierte sich in diesen Fällen darauf, den Leuten in dieser schweren Krise zu helfen. Das Angebot einer Sui-

«Wenn der Staat sich einmischt, wird es immer komplizierter als nötig.»

zidhilfe würde nur zusätzlichen Druck auslösen. Eine Abklärung der Urteilsfähigkeit dieser Patienten würde unter diesen Umständen noch schwieriger. Trotz der Ausführungen ihres Fraktionsmitgliedes war die FDP wieder einmal

nicht sicher, ob sie sicher oder unsicher für oder gegen etwas sein soll, und verkündete deshalb Stimmfreigabe.

Heilen oder das Sterben begleiten?
Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli gab zu bedenken, dass Spitäler dazu da seien, die Menschen wieder gesund zu machen. Sterbehilfe sei nicht der Auftrag von Spitälern und psychiatrischen Kliniken. Die Ratsmehrheit nahm schlussendlich die Psychiatrien und Gefängnisse von der Pflicht aus. Es blieb nach zahlreichen Voten an diesem Montag nur noch Zeit für ein weiteres Geschäft, bei dem die SVP ebenfalls in der Minderheit blieb und somit nicht verhindern konnte, dass Beschwerdestellen im Gesundheitswesen für Patienten und Mitarbeiter ausgeweitet werden.

Ohrenschmerzen
Wer Pech hatte und an diesem Montag den Bericht zur Ratsdebatte verfassen und deshalb genau zuhören musste, wurde Zeuge, wie Linke und Grüne nur noch mit Genderpausen zu sprechen vermögen. Unzählige Betonungen wie «Patient – Pause – innen» schmerzten schon nach der ersten Stunde in den Ohren. Hier wäre eine Beschwerdestelle für einmal bitter nötig. Ob diese Genderpausen zu psychischen Störungen führen können oder vielleicht eher die Folge einer solchen sind, ist nicht bekannt.



Mit der Volksinitiative sollen auch Spitäler gezwungen werden, Sterbehilfe anzubieten. Bild: Adobe Stock

WORTE DES PRÄSIDENTEN DER SVP DES KANTONS ZÜRICH

Am 8. März geht es um das Fundament der Schweiz

Die Gemeindewahlen vom 8. März im Kanton Zürich sind eine Richtungswahl. Es stellt sich eine einfache Frage: Wird Politik endlich wieder für die eigene Bevölkerung gemacht oder weiterhin gegen sie? In immer mehr Gemeinden haben linksgrüne Mehrheiten den Bezug zur Realität verloren. Die Folgen sind Fehlentscheide, die viel kosten, wenig bringen und vor allem eines bewirken: Die einheimische Bevölkerung wird benachteiligt. Genau deshalb braucht es dringend mehr SVP in den Gemeinderäten und Behörden.

Stadtzürcher Giesskannenprinzip
Während Familien, Seniorinnen und Senioren sowie der Mittelstand jeden Franken zweimal umdrehen müssen, verteilt die Politik Geld mit der Giesskanne – aber nicht an jene, die dieses Land aufgebaut haben. In der Stadt Zürich sollen Sans-Papiers eine kostenlose medizinische Grundversorgung erhalten, obwohl sie sich illegal in der Schweiz aufhalten und auf schnellstem Weg in ihr Heimatland zurück-

geführt werden müssten. Gleichzeitig errichtet dieselbe Stadt ein staatlich finanziertes Alterszentrum für LGBTIQ+ Personen und verkauft dies unter dem Etikett «Vielfalt». Das ist keine Vielfalt, sondern ideologische Bevorzugung – bezahlt von uns Steuerzahlern. Wer nicht in dieses politische Weltbild passt, der Grossteil der Schweizer Bevölkerung, bleibt auf der Strecke. Offenbar gilt heute: Je spezieller die Zielgruppe, desto grösser die politische Aufmerksamkeit.

Diese Politik ist kein Zufall. Sie ist Ausdruck einer Haltung, die sich zunehmend gegen die eigenen Bürger richtet. Auf nationaler Ebene zeigt sich das gleiche Muster: Bundesrat Beat Jans bekämpft die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» mit aller Kraft. Statt die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen – Wohnungsnot, überlastete Schulen, Dichtestress und Kriminalität – setzt man weiterhin auf ungebremste Zuwanderung. Die Konsequenzen dieser verfehlten Politik müssen am Ende unsere Gemeinden ausbaden.

Dort werden die Probleme gelöst, die andere bewusst verursachen.

Politik für eusi Lüüt!
Am 8. März haben wir die Chance, Verantwortung für unsere Heimat zu übernehmen. Mehr SVP bedeutet mehr Freiheit und Eigenverantwortung, Respekt vor den Steuerzahlern und eine Politik im Interesse unseres Landes. Wer will, dass unsere Gemeinden lebenswert bleiben, wer genug von ideologischen Experimenten auf dem Rücken der Bevölkerung hat, der weiss, was zu tun ist: SVP wählen! Wir sind die SVP – und wir stehen bereit, für die Zukunft unserer Gemeinden vollen Einsatz zu leisten. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!



von
Domenik
Ledergerber

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Volksabstimmung zur «Suizid-Initiative» wahrscheinlich



Lorenz Habicher
Kantonsrat SVP
Zürich

Der Kantonsrat hat sich vor allem mit der Volksinitiative «Selbstbestimmung am Lebensende in Alters- und Pflegeheimen» beschäftigt. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) hatte diese für den Rat vorbesprochen und mit 10 zu 5 Stimmen beantragt, die Initiative abzulehnen.

Die Volksinitiative trägt einen irreführenden Titel und ist ein «Wolf im Schafspelz», denn der ausformulierte Text geht viel weiter, als zu vermuten ist. Auch der obsiegende Gegenvorschlag der SP fordert eine Duldungspflicht für Spitäler, Reha-

«In Spitälern sollen Leben gerettet statt bewusst beendet werden.»

kliniken und Heime, wenn auch die Psychiatrien (noch) ausgenommen werden. Die Duldungspflicht für assistierten Suizid ist eine Vorstufe zum Zwang, in allen Gesundheitseinrichtungen diesem kommerziellen Angebot von Sterbehilfeorganisationen (Dritten) «Tür und Tor» zu öffnen.

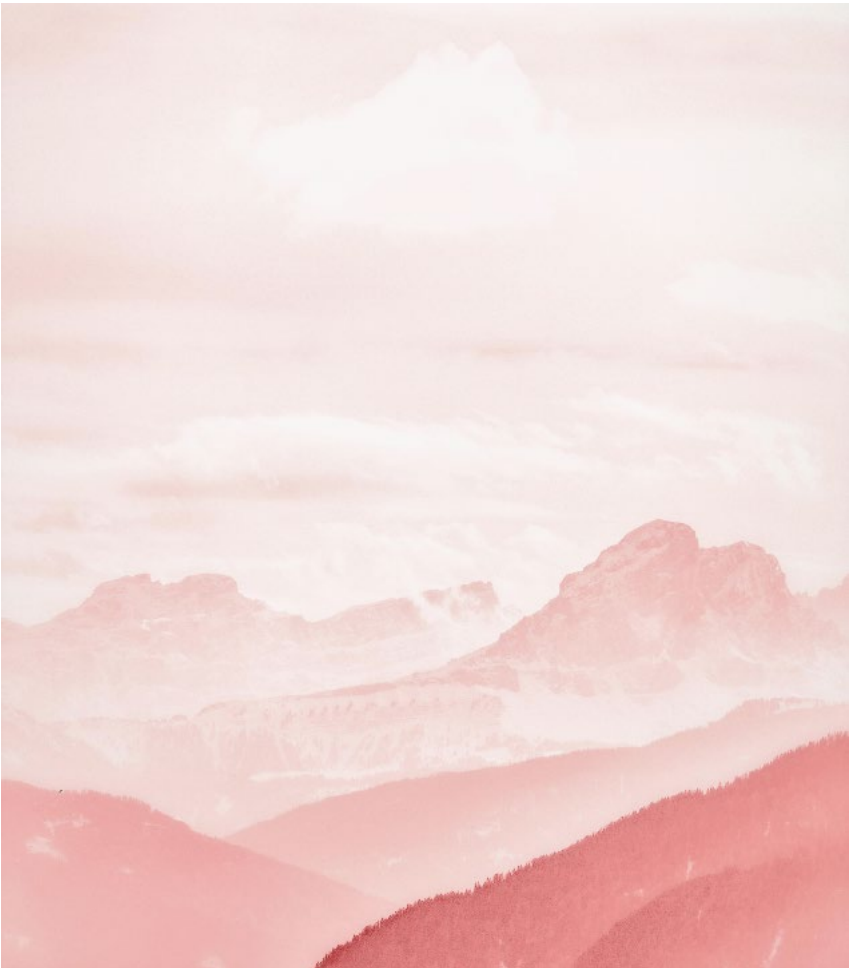
Die Debatte im Kantonsrat verlief durchaus kontrovers. Eine kleine Auffälligkeit: Die Mitte, die im Jahr 2022 noch den Kompromissantrag für eine Beschränkung auf Alters- und Pflegeheime mit einem Leistungsauftrag eingebracht hatte – die heutige Lösung –, unterstützt nun den weiter

reichenden Gegenvorschlag der SP, Grünen und GLP. Die Mitte des Kantons Zürich, die irgendwo im «Entferntesten» dem christlichen Glauben verbunden schien, unterstützt hier und jetzt den assistierten Suizid.

Dass die Sterbehilfeorganisationen mit der heutigen Regelung nicht zufrieden sind, ist bekannt. Auf diese Ausweitung der passiven Sterbehilfe werden neue Forderungen und Lockerungen folgen. Die Sprecherin der Grünen hat dies schon als «einen Schritt» bezeichnet... Einen Schritt auf Abwegen, der sehr weitreichende Folgen haben könnte. Der staatliche Schutz alter Menschen, die sich einen geruhsamen Lebensabend erhoffen, bröckelt und die Wahrscheinlichkeit, am letzten Wohnort mit Selbsttötungen konfrontiert zu werden, steigt stetig an. Alle Befürworter sprachen vom Recht auf Selbstbestimmung, auch am Lebensende – aber keine dieser Stimmen setzte sich für den Schutz der Mitbewohner und Pflegenden ein.

Der Gegenvorschlag der SP wird im März 2026, in zweiter Lesung, verabschiedet und sollte diesem Rechtskraft erwachsen, dann wird die «Suizid-Initiative» zurückgezogen. Da ein Gesetzesreferendum aber wahrscheinlich ist, gibt es noch dieses Jahr eine weitere Volksabstimmung zu dem Thema. Dann ist jeder Stimmberechtigte gefragt, seiner persönlichen Meinung Ausdruck zu verleihen. Da Volksinitiative und Gegenvorschlag zu weit gehen, dürfte die SVP-Antwort zwei Mal NEIN lauten.

Die Debatte im Kantonsrat finden Sie hier:



Auf diese Ausweitung der passiven Sterbehilfe werden neue Forderungen und Lockerungen folgen. Bild: Pexels

Scannen Sie den QR-Code, um die aktuellen Videos der SVP Kantonsratsfraktion zu sehen.



JUNGI SVP – MIR REDET #KLARTEXT!

Züri brucht meh Züridüütsch

Es ist eine Situation, die leider viele von uns kennen. Man sitzt in einer Bar, bestellt eine Stange und muss dann leider feststellen, dass das Personal kein Deutsch spricht. «Sorry, I don't speak German» (Zu Deutsch: «Entschuldigung, ich spreche kein Deutsch.»)



Carla De-Vizzi
JSVP-Mitglied &
Gemeinderatskandidatin
für die Stadt Zürich
(Kreis 7 & 8)

Züridüütsch, not English, denke ich mir. Ich weigere mich, in Zürich auf Englisch zu bestellen! Weltstadt und Wachstum hin oder her: Wer hier lebt und arbeitet, sollte mich zumindest verstehen. Es kann nicht sein, dass Menschen in unserer Stadt arbeiten und sich nicht einmal die Mühe machen, die einfachsten Grundlagen unserer Sprache zu lernen. «Grüezi», «Was darf ich Ihnen bringen?», «Danke», «e Stange», «en gsprützte Wiise» – das Vokabular in einer Bar ist überschaubar und keine Hexerei.

Hier stehen auch die Besitzer und Geschäftsführer in der Verantwortung. Ja, es mag schwieriger geworden sein, Schweizerinnen und Schweizer für Jobs in der Gastronomie zu finden. Trotzdem erwarte ich, dass Vorgesetzte dafür sorgen, dass ihr Personal die Kundenschaft zumindest versteht. Integration bedeutet Anpassung – und dazu gehört das Erlernen einer Sprache. Dafür braucht es keine zusätzlichen Inte-

grationskurse und keine neuen staatlichen Auflagen. Eigenverantwortung lautet das Stichwort.

Doch nicht nur Gastronomen, sondern auch wir als Gesellschaft müssen uns an der Nase nehmen. Wie kommt es, dass es einfach toleriert wird, dass ich in der Bar auf Englisch bestellen muss? Oder dass mir ein Türsteher im Kreis 4 auf Englisch erklärt, ob ich nun reinkomme oder nicht. Genau das ist mir vor wenigen Wochen passiert: Der Mann an der Tür sprach uns selbstverständlich auf Englisch an – ohne zu zögern. Hätte man nicht gewusst, dass wir im Herzen von Zürich sind, hätte sich diese Szene überall auf der Welt abspielen können. Aber wir sind hier in der Schweiz! An dem einzigartigen Ort, an dem man sich von vier Landessprachen eine aussuchen kann. An dem Ort, an dem es auf kleinstem Raum unzählige Dialekte gibt – lebendig, vielfältig, einzigartig. Genau diese müssen wir schützen! Unsere Dialekte sind ein zentraler Bestandteil unserer Schweizer Identität. Und denen gilt es Sorge zu tragen. Tun wir das nicht, verlieren wir Schritt für Schritt unsere Kultur. Züridüütsch muss die Regel und darf auf keinen Fall die Ausnahme sein!

SVP BRÜTTEN

Bericht zur Generalversammlung im Pavillon Säntisblick

Die diesjährige Generalversammlung der SVP Brütten vom 2. Februar 2026 durfte auf eine besonders erfreuliche Beteiligung zählen: Zahlreiche Mitglieder fanden den Weg in den Pavillon Säntisblick, was den starken Zusammenhalt und die wachsende lokale Verankerung der Partei eindrücklich bestätigte.

Präsident Jürg Stahl eröffnete den Abend und konnte gleich zu Beginn neun neue Mitglieder herzlich willkommen heissen. Die Zunahme an engagierten Personen

tives und ereignisreiches Jahr gewesen ist. Besonders hervorzuheben waren die nachfolgend genannten Anlässe.

Anlass mit Alt Bundesrat Ueli Maurer

Einen Höhepunkt stellte der Besuch von Alt Bundesrat Ueli Maurer dar. In seiner engagierten Rede würdigte er das schweizerische Milizsystem als tragende Säule des Staatswesens und rief eindringlich zum Mitmachen und Mitgestalten auf – eine Botschaft, die bei der Brüttener Basis grossen Anklang fand.

Traditioneller Dreikönigsanlass

Trotz klirrender Kälte war auch der traditionelle Dreikönigsanlass ausserordentlich gut besucht. Statthalter Robert Hinnen setzte mit seinem Auftritt einen inhaltlich wie atmosphärisch starken Akzent. Der rege Austausch zwischen Bevölkerung und Partei zeigte, wie sehr diese Veranstaltung im Dorf verankert ist.

Ausblick und Motivation

Zum Abschluss richtete der Präsident den Blick nach vorne: Mit den anstehenden Gemeindewahlen und zahlreichen Abstimmungen stehen entscheidende Monate bevor. Jürg Stahl motivierte die Mitglieder, weiter zielstrebig und engagiert zu arbeiten, Verantwortung zu übernehmen und im Dorf konsequent Präsenz zu zeigen.

Er betonte, dass die SVP Brütten dank der aktiven Mitgliedschaft, der neuen Kräfte und der starken lokalen Verwurzelung bestens gerüstet sei, die kommenden Herausforderungen geschlossen und erfolgreich anzugehen.



Jürg Stahl blickte auf ein ereignisreiches Jahr zurück. Bild: zVg

*Jürg Stahl,
Alt Nationalratspräsident und
Präsident SVP Brütten*

WINTERREDE AUS DEM ERKERFENSTER DES LOKALS «KARL DER GROSSE»

Es war einmal eine selbstbestimmte Schweiz



Anita Borer
Kantonsrätin SVP
Uster

«Es war einmal...» – man kennt den Klang, genauso fangen Märchen an. Auf diese Weis' will ich reden, die Debatte heut' beleben.

Wie ein Märchen uns lehren soll, was wichtig ist und leiten soll, so will die Geschichte' heut' zeigen, was es wert ist zu verteid'gen.

Die Geschichte beginnt...

Es war einmal ein Land im Schnee, klein an Fläche, gross an Idee. Es galt Recht, das Volk bestimmte, weil man Pflicht über Chaos stellte.

Die Schweiz war dieses kleine Land, das klar zu seinen Idealen stand. Ein Land – souverän und stolz, frei von der EU oder Scholz.

Das Volk entschied, die Kantone zählten, nicht fremde Richter, die keiner wählte. Man stimmte ab, trug den Entscheid, und wusste um die Verantwortlichkeit.

Es machte Recht, es setzte Grenzen, um Politik gescheit zu lenken. Die Politiker handelten mit Verstand, die Bevölkerung verband ein starkes Band.

Verträge mit Rückgrat

Man schloss Verträge – ja, fürwahr, doch nur, wenn Nutzen messbar war. Man brauchte dafür kein fremdes Gericht, und nicht zu stehen in gutem Licht.

So verhandelte man klug und klar, und sagte Nein, wenn's besser war. Nicht trotzig, nicht aus Eitelkeit – sondern aus Selbstverständlichkeit.

Die Schweiz mit Verstand

Im Winter zeigte sich im Land, dass es klappte, mit Verstand. Die Strassen frei, die Schulen top, sogar Silvia Steiner fand das Lob.

Kein Skandal in der Justiz, Politiker amtierten in Miliz. Langweilig war's dem Mario Fehr, zu viel Kriminalität gab's nicht mehr.

Martin Neukom las den «Zürcher Bote», setzte auf Innovationen statt Verbote. Carmen Walker Späh war gelassen, galt Tempo 50 auf Hauptstrassen.

Die Spitäler wirtschafteten gut, Natalie Rickli machte das Mut. Sparen wollte sogar Jacqueline Fehr, Ernst Stocker lobte sie dafür sehr.

Die Firmen frei von Fernseh-Gebühren, lassen sich Boni-exzessfrei führen. Auch Zuwanderung war im Mass, die SVP die Parolen vergass.

Der leise Wandel

Doch wie's in Märchen oft passiert – kam der Wandel, kalt serviert. Man sprach von Nähe, von System, von Anschluss, Fortschritt, kein Problem.

Man sagte nicht mehr: «Wir entscheiden», man liess die Demokratie beschneiden. Alles nur für des Politikers Stolz, der beim Machtgedanken schmolz.

Und dann kam geschniegelt und schwer, das Paket aus Brüssel daher. Man nannte es modern und fair – doch der Inhalt wog deutlich mehr.

Plötzlich war das Recht «dynamisch», die Bürokratie stieg dramatisch. Der Bürger hatte nichts zu sagen, die Wirtschaft, ja die lag im Argen.

Die Zuwanderung war enorm, brachte die Schweiz aus ihrer Form. Beton, Strassen, Infrastruktur, wo blieb da noch Platz für Natur?

Der Sozialstaat wuchs unermesslich, der Schweizer zahlte ja verlässlich. Doch der Wohlstand, der sank drastisch, nur der Leitzins blieb elastisch.

Recht änderte nicht demokratisch, sondern von nun weg automatisch. Nur Politiker schiens zu freuen, konnten plaudern mit von der Leyen.

Und wenn das Volk sagte: «So nicht!», dann entschied ein fremdes Gericht. Nicht in Lausanne, nicht hier im Land – dort, wo Richter sind unbekannt.

In Hinterzimmern, nicht in Gassen, sagte man: «Das wird schon passen.» Man versprach sich Ordnung und Ruh, sah nicht, was man verlor im Nu.

Demokratie ist Luxusgut, dafür braucht es Verstand und Mut. Sie ist das Fundament der Freiheit – Grundpfeiler auch für Sicherheit.

Das Ende ist offen

Und heute erzählen wir – fast schon leise – von dieser Schweiz auf Art und Weise. Als gäbe es sonst kein Zurück, als diese Geschichte ohne Glück.

Doch: So enden gute Märchen nicht. Dieses hat noch kein Schlussgedicht. Noch können wir ohne Frage, Nein sagen zu diesem Verträge.

Noch sind wir hier die Entscheider, und nicht bloss die Weg-Begleiter. Wir haben es nun in der Hand, sorgen wir gut für unser Land.

Der Schluss

Ein Märchen lebt von der letzten Tat, von Mut, nicht von bequemem Rat. Die selbstbestimmte Schweiz ist echt, werden wir ihr nun gerecht.

Begrenzen wir die Zuwanderung, streben nicht nach Bewunderung. Sagen wir Nein zum EU-Vertrag. Und schützen die Schweiz jeden Tag.

Die vollständige Rede finden Sie hier:



Anita Borer aus dem Erkerfenster des Lokals «Karl der Grosse». Bild: zVg

SVP USTER

Im Wahlkampf für Uster – mit Herzblut und Nähe zur Bevölkerung

In Uster sind wir mittendrin: Der Wahlkampf für die Erneuerungswahlen vom 12. April läuft auf Hochtouren. Mit einem starken Team und klaren Zielen treten wir an – für mehr bürgerliche Vernunft, für Sicherheit, Eigenverantwortung und eine Stadtpolitik, die sich an den Anliegen der Bevölkerung orientiert.

Jetzt ist der Moment, sichtbar zu sein, präsent zu sein und mit den Menschen zu sprechen. Denn nur, wer draussen unterwegs ist, kann überzeugen – auf der Strasse, im Quartier oder am Stammtisch.

Ein wichtiger Bestandteil unseres Engagements ist unser SVP-Uster-Parteihöck – jeweils am letzten Donnerstag im Monat, in wechselnden, bewusst ausgewählten Lokalen mitten in Uster. Dort, wo die Leute sind, wo diskutiert wird, wo man uns spürt.

Der Höck schafft Raum für politische Diskussionen, direkte Begegnungen und aktuelle Einblicke aus dem Gemeinde-

rat und dem Bundeshaus. Zuletzt durften wir Nationalrätin Nina Fehr Düsel begrüssen – ein gelungener Anlass, der gezeigt hat: Die SVP bleibt nah an den Leuten – und das ist wichtiger denn je.

Wir freuen uns auf jede Unterstützung im Wahlkampf – sei es an einer Standaktion, beim Flyerverteilen oder ganz einfach im Gespräch mit Freunden, Nachbarn oder Arbeitskollegen.

Gemeinsam machen wir den Unterschied – für eusi Lüüt.

Darum am 12. April: Liste 2 – SVP Uster.

*Daniel Schnyder,
Gemeinderat und Präsident SVP Uster*



Nationalrätin Nina Fehr Düsel mit Sekretionspräsident Daniel Schnyder. Bild: zVg

Sie lieben die Schweiz?

Treten Sie noch heute der SVP bei und setzen Sie sich für unser Land ein.



SVP USTER

«Ja zur Schweiz» – Sponsoren- und Gönneranlass der SVP Uster mit Marcel Dettling

Mit grosser Beteiligung und viel positiver Energie startete die SVP Uster ins Wahljahr 2026. Der traditionelle Sponsoren- und Gönneranlass stand unter dem Motto «Ja zur Schweiz» – ein bewusst gewähltes Thema, das aktueller nicht sein könnte.

Nationalrat Marcel Dettling, Präsident der SVP Schweiz, referierte mit gewohntem Klartext und grosser Überzeugung über die Herausforderungen für unser Land: die zunehmende Regulierungs-

wut, eine schleichende Entmachtung der direkten Demokratie, die ausufernde Zuwanderung und die fehlgeleitete Energie- und Klimapolitik der linken Mehrheiten. Mit seinem Auftritt setzte

er ein starkes Zeichen für eine freie, sichere und unabhängige Schweiz.

Auch in Uster stehen wir vor wichtigen Weichenstellungen. Die Erneuerungswahlen vom 12. April bieten eine Chance, klare bürgerliche Akzente zu setzen. Die SVP Uster tritt mit einem engagierten und breit abgestützten Team zur Wahl an – getragen von dem Willen, endlich wieder Politik «für eusi Lüüt» zu machen: für weniger Abgaben, mehr Sicherheit, ein starkes lokales Gewerbe und eine Stadtentwicklung mit gesundem Augenmass.

Der Anlass war nicht nur politisch wertvoll, sondern auch gesellig und persönlich – bei einem feinen Spaghetti-Plausch im Bocciodromo Ristorante da Maria, wo wir hervorragende Gastfreundschaft erleben durften. Ein herzliches Dankeschön an das ganze Team vor Ort – und an alle Unterstützerinnen und Unterstützer, die mit ihrem Beitrag unsere politische Arbeit erst möglich machen.

Am 12. April: Liste 2 wählen – für eine ehrliche, bürgerliche Politik in Uster.

Daniel Schnyder,
Gemeinderat und Präsident SVP Uster



Die SVP Uster ist mit viel positiver Energie ins neue Jahr gestartet und bereit für die Wahlen am 12. April.

Bild: zVg

DIE WEICHEN STELLEN

Die Wahlen am 8. März 2026 in der Kantonshauptstadt Zürich betreffen uns alle!

Die aufmerksamen Leser des «Zürcher Boten» wissen es: Mich persönlich verbindet eine Art «Hassliebe» mit der Stadt Zürich. Ich bin ein Direktbetroffener der sehr linken und gewerbeunfreundlichen Politik, mit einer meiner Unternehmen mitten in der Stadt Zürich.



Marcel Suter
Kantonratsrat SVP
und Unternehmer
Thalwil

Ich zahle also die viel zu hohen Steuern, kann aber nicht mitbestimmen, was mit dem Geld passiert. Fakt ist: Die Stadt Zürich lebt zu ca. 50% von Steuereinnahmen, die von Unternehmen kommen. Diese und die sprudelnden Gesamteinnahmen können mit dem Geldverteilen aber nicht mehr mithalten, das insbesondere das Stadtzürcher Parlament Mittwoch für Mittwoch beschliesst. Das erarbeitete Geld wird je länger, je mehr mit beiden Händen aus dem Fenster geworfen und masslos an die zu oft auch noch Falschen verteilt.

Das neueste Beispiel sind Gratisbehandlungen für Sans-Papiers, also Menschen, die gar nicht da sein dürften. Für diese wird jetzt auch die Krankengrundversorgung übernommen! Leider natürlich nicht von den Linken oder Grünen – nein, von den Steuerzahlenden in der Stadt. Unsere Krankenkassenprämien steigen von Jahr zu Jahr, und für die Illegalen werden die Kosten übernommen. Das ist einer der Tiefpunkte der völlig aus dem Ruder gelaufenen, falschen linken Politik. Wenn ich eine illegale Person in der Schweiz oder überhaupt in Europa wäre, würde ich umgehend die Koffer packen und in Richtung Stadt Zürich reisen – das Paradies mitten in unserem schönen Kanton. Und ja, diese Sogwirkung betrifft uns dann alle im Kanton.

Die Stadt Zürich zieht mit ihrer Geldumverteilungspolitik für alle nicht nur Arbeitende und in der Regel immerhin viele steuernzahlende Expats an, die logischerweise Wohnungen brauchen, was den Linken dann auch wieder nicht passt; nein, auch sehr viele nicht Arbeitende und, schlimmer, oft auch kriminelle Personen. Flüchtlinge aufnehmen

will der selbstherrliche Möchtegernkanton – es wird ja unterdessen vieles gerichtlich angefochten, bei dem der Kanton nicht im Sinne der Stadt demokratisch abgestimmt hat – möglichst viele. Auch das betrifft uns alle, wir haben ja keine Mauern um die Stadt!

Fehlende Weitsicht

Kein Wunder, dass selbst der grüne Finanzvorstand langsam ein wenig mahnt, dass das ewige «Nur-Geld-Ausgeben» so nicht immer weitergehen kann. Was passiert, wenn es der Wirtschaft mal nicht mehr so gut geht oder das eine oder andere Unternehmen, das sehr viele Steuern bezahlt, die Stadt Zürich verlässt? Die Aufwände bleiben und dann muss sich die Stadt entweder weiter verschulden oder die Steuern noch mehr erhöhen! Oder die Stadt will noch mehr Geld vom Kanton, wobei dieser schon jetzt viel zu viel überweist. Sparen wird Linksgrün nie, das ist so sicher wie das Amen in der Kirche.

Für SP und Grüne gibt es fast nur noch das Velo als Mobilitätsmittel. Motorisierten Individualverkehr darf es in der Stadt sowieso nicht mehr geben, aber auch der ÖV soll in der Tendenz eingeschränkt werden (beispielsweise Pläne um den HB). An die grosse Mehrheit der Fussgänger und auch Lieferanten für alles, das jeder von uns im täglichen Leben benötigt, denkt in der Regel keine von den sich schon viel zu lange an der politischen Macht befindlichen Parteien.

Bürgerliche Zusammenarbeit gibt Hoffnung

Solange die Stadt Zürich das Wirtschaftszentrum und die Hauptstadt in unserem Kanton ist, betreffen uns die Wahlen alle – direkt oder indirekt; unabhängig davon, wo wir im Kanton Zürich wohnen. Das Hauptziel bei den Wahlen in der Stadt Zürich muss sein, eine bürgerliche Wende, d.h. eine Mehrheit im Parlament, zu erreichen. Dies ist nicht unmöglich und bereits der eine oder

andere Gewinn von wenigen Sitzen könnte, zumindest teilweise, zu einer Abkehr der sozialistischen Politik im Parlament führen. Das haben die bürgerlichen Parteien SVP, FDP und Die Mitte erkannt und arbeiten – besser als in der Vergangenheit – zusammen und empfehlen gegenseitig die Kandidaten zur Wahl in den Stadtrat. So unterstützt auch der Gewerbeverband der Stadt Zürich genau diese bürgerliche Zusammenarbeit und die, hoffentlich, bürgerliche Wende. Das Wahlergebnis wird für die zukünftige Politik und Zusammenarbeit im gesamten Kanton Zürich richtungsweisend sein. Der bürgerliche Regierungsrat muss sich wappnen, falls mit Raphael Golta ein neuer SP-Stapi gewählt wird, der Mühe hat, kantonale Vorgaben zu akzeptieren und umzusetzen. Eine weitere Stärkung dieser Haltung kann seitens des Kantonsrats bzw. der kantonalen Regierung keinesfalls akzeptiert werden.

Deine Stimme zählt!

Oft wird gesagt, ich wohne nicht in der Stadt Zürich und kann dementsprechend auch nicht in der Stadt Zürich wählen. Das ist natürlich eine Tatsache. Aber erstens ist es genauso wichtig, bei den Wahlen in der jeweiligen Wohnortgemeinde die SVP und deren Kandidierende zu wählen. Und zweitens haben wir alle Mitarbeiter, Freunde und Verwandte, die in der Stadt Zürich wählen können. Motivieren wir sie, unbedingt auch wählen zu gehen – am besten natürlich die SVP, aber sicher bürgerlich.

Unterstützen wir alle den ausgezeichneten SVP-Kantonratskollegen Ueli Barmert als Stadtpräsidenten- und Stadtratskandidaten. Und an die Stadtzürcher Stimmberechtigten: Wählt Ueli für Zürich, aber auch die anderen bürgerlichen Stadtratskandidaten sowie die SVP-Liste für das Parlament. Die Hoffnung auf eine bürgerliche Wende ist da. Gemeinsam packen wir die sich bietende Chance am 8. März 2026!

VERLOTTERUNG DER REGIERUNGSTÄTIGKEIT

Wer redet für die Schweiz?

Wenn man jemanden zu Besuch einlädt, stellt man diese Person in den Mittelpunkt. Der Gastgeber nimmt sich bewusst zurück. Nach der Rede des amerikanischen Präsidenten Donald Trump hat die bundesrätliche Dreierdelegation das einigermaßen gut gemacht. Man wusste: In den Zollverhandlungen entscheiden die USA alleine – es handelt sich nicht um einen bilateralen Vertrag.



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Stossend und schädlich sind dagegen die Stellungnahmen des Aussendepartements (EDA) in Bern. Die Beamten haben den Kopf beim «Völkerrecht». Dabei handelt es sich um eine schwammige Geschichte. Das Völkerrecht ist nämlich gar kein Recht. Recht ist nur etwas, über das man entscheiden und das man auch durchsetzen kann. Und nicht moralische Erklärungen, die man zum Recht erklärt.

Das Departement von Ignazio Cassis liess verlauten, «die Schweiz» stehe im Grönlandkonflikt auf der Seite von Dänemark. Das nützt niemandem, löst kein Problem und ist neutralitätswid-

rig. Das gefällt lediglich der EU, ihr wird alles untergeordnet. Darum wollen sie der Schweiz den Unterwerfungsvertrag aufhalsen, weil dann die EU unsere Gesetze macht.

Weltweit heisst es, die Schweiz nimmt Stellung gegen die USA und für Dänemark. So einschneidende Erklärungen wie jene über Grönland, die im Namen der Schweiz erfolgen, dürften nur vom Gesamtbundesrat abgegeben werden. Und keinesfalls nur von einzelnen Beamten im Aussendepartement, die für die offizielle Schweiz sprechen und sich in fremde Händel mischen. Das ist eine Verlotterung der Regierungstätigkeit!

Der Aussenminister und seine Beamten sollten in ihre Schranken gewiesen werden. Aussenpolitische Stellungnahmen – im Namen der Schweiz – müssen durch den Gesamtbundesrat beschlossen werden. Beamte haben sich daran zu halten.

SVP WETZIKON

Heisse Caquelons und heisse Polit-Themen

Die SVP Wetzikon lud am 30. Januar zum Fondueplausch im Café Montanari ein. Viele Parteimitglieder wollten sich diesen beinahe schon traditionellen Winteranlass nicht entgehen lassen.

Zunächst stimmte Präsident Rolf Müri die Runde auf die bevorstehenden Gemeindewahlen ein. Die erstmals aufliegenden Wahlflyer machten klar, dass unsere Ortspartei sowohl mit bewährten Kräften als auch mit neuen Gesichtern schwungvoll und motiviert in den Wahlkampf startet.

Beim Fondueessen genossen wir das ungezwungene Beisammensein, tauschten uns aber auch über politische Themen miteinander aus. Schliesslich waren alle vom feinen, reichlich servierten Fondue gesättigt. Damit war der gesellige Abend jedoch noch längst nicht zu Ende. Unser Gastredner, Kantonalparteipräsident Domenik Ledergerber, zeigte den Anwesenden in einem engagierten Referat auf, welche Herausforderungen bei den kommenden Abstimmungen und Wahlen auf uns zukommen.

Er betonte den Wert gut geführter Ortssektionen und zeigte sich dabei als

Kenner der Wetziker Lokalpolitik. Er betonte, dass der – wiewohl verlorene – Wetziker Kampf für einen kommunalen Mindestabstand von Windkraftanlagen letztlich dabei geholfen habe, auf

«Wer auch in Zukunft eine lebenswerte Gemeinde will, wählt die SVP!»

kantonalen Ebene Windkraft-Exzesse zu verhindern. Zudem beantwortete Domenik gerne die vielen Fragen aus dem Publikum. Er wurde mit einem herzlichen Applaus und einem feinen Baumerfladen bedacht.

Während die ersten sich allmählich auf den Heimweg machten, liessen andere den Abend in der benachbarten Robenhäuser Pfahlbauerbar ausklingen.

Vorstand der SVP Wetzikon



Rolf Müri (rechts) verdankt Domenik Ledergerber mit einem feinen Baumerfladen.

Bild: Zeno Schärer

Fadegrad



Gratis-Doktor für Illegale

Vor rund einem Monat ist die erste Krankenkassenrechnung des neuen Jahres ins Haus geflattert – und wir alle haben uns, wie jedes Jahr, über die höhere Zahl geärgert, die wir auf dieser Rechnung vorgefunden haben. Es scheint ein Naturgesetz zu sein: Die Krankenkassenprämien steigen Jahr für Jahr und ein Ende ist nicht in Sicht. Doch trifft das auf uns alle zu? Nicht ganz: Anfang Jahr hat die linke Mehrheit des Zürcher Gemeinderats beschlossen, den rund 10000 Sans-Papiers in der Stadt Zürich, also illegale Ausländer ohne Ausweispapiere, gratis Gesundheitsversorgung zukommen zu lassen. Wobei «gratis» das falsche Wort ist: 1,9 Millionen Franken soll diese neueste Sozial Wohltat den Steuerzahler pro Jahr kosten. Dabei ist die beschlossene Massnahme nur die letzte von zahlreichen, um Zürich für Asylbewerber und Sans-Papiers so attraktiv wie nur möglich zu machen: ein stadteigener Pseudo-Ausweis, die sogenannte «Züri City Card», wurde bereits beschlossen; damit sollen sich undokumentierte Ausländer gefahrlos ausweisen können. Dazu gibt es zahlreiche Beratungsangebote, Unterstützungstöpfe und jetzt kommt noch der kostenlose Arztbesuch dazu. Für Sans-Papiers ein Rundum-Sorglos-Paket; für die arbeitende, steuerzahlende Bevölkerung, die sich an die Gesetze hält und ihre Arztrechnungen selbst bezahlen muss, ein Affront. Damit wir uns richtig verstehen: Auch Sans-Papiers haben ein Recht auf ein würdiges Leben in Sicherheit. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass es sich dabei um illegal anwesende Migranten ohne Ausweispapiere handelt. Diese müssten in ein ordentliches Asylverfahren überführt und, sollte kein Asylgrund vorliegen, in ihre Heimatländer ausgeschafft werden. Dies wird von der linken Zürcher Stadtregierung und insbesondere von Sozialvorsteher Raphael Golta (SP) aber gezielt hintertrieben: Sans-Papiers werden vor den Bundes- und kantonalen Behörden regelrecht versteckt und ihr Aufenthaltsstatus wird bundesrechtswidrig scheinlegalisiert. Und hat sich ein illegaler Migrant erst einmal lange genug in der Schweiz aufgehalten, so ist eine Ausschaffung nicht mehr zumutbar und aus dem provisorischen, widerrechtlichen Aufenthalt wird ein dauerhaftes Bleiberecht. Das Muster ist bekannt: Gerade für Sozialvorsteher und Möchtegern-Stapi Golta hat bindendes, übergeordnetes Recht oftmals nur den Charakter einer Empfehlung. Derweil hat sich der grüne Stadtratskandidat Balthasar Glättli in der Vergangenheit mit der Forderung hervorgetan, 100000 Syrer in der Schweiz aufnehmen zu wollen. Die Beispiele zeigen: Eine Trendumkehr und eine Stärkung der SVP bei den Wahlen vom 8. März ist bitter nötig.

SVP schliesst die Legislatur im Gemeinderat äusserst erfolgreich ab

In der Fraktion sagen wir: «Wir sind keine Politiker, sondern Volksvertreter.» So verhalten wir uns auch: Immer unsere Ziele und Versprechen im Mittelpunkt. Dementsprechend blickt die SVP auch auf eine äusserst erfolgreiche Legislatur zurück. Wir haben viel erreicht und uns für die freiheitlichen Ideale der Schweiz eingesetzt. Das rot-rot-grüne Narrenschiff in der Stadt Zürich haben wir mitunter sturmfrei geschossen.



Samuel Balsiger
Fraktionspräsident SVP Zürich

Am 8. März finden die Gesamterneuerungswahlen statt. Es ist erstaunlich, wie schnell die laufende Legislatur vorüberging. Wir haben viel gearbeitet, hart gekämpft, sind Risiken eingegangen – und haben fast auf ganzer Linie Erfolge vorzuweisen: Über 77 überwiesene SVP-Vorstösse; zwei Volksinitiativen und vier Referenden aus der Fraktion heraus erfolgreich auf die Beine gestellt; über 4200 Zeitungsartikel mit

«Heute fürchten sich die Linken regelrecht vor der Stadtzürcher SVP.»

einer Erwähnung eines SVP-Gemeinderates; Themenführerschaft in der Finanz- und Sicherheitspolitik sowie den gesellschaftlichen Diskussionen übernommen.

Kein Linker lacht mehr

Es gab Zeiten, als die Linken sich über die SVP im Zürcher Gemeinderat lustig machten. Heute (nach Ablauf der aktuellen Legislatur) lacht kein Linker mehr. Wir werden respektiert, gefördert und die überparteiliche Zusammenarbeit funktioniert punktuell sehr gut. Und die linke Gegenseite? Rot-Rot-Grün hat sich ideologisch und im Verhalten extrem radikalisiert. Ein radikaler Umbau der Gesellschaft ist das Ziel. Weg von den freiheitlichen Grundsätzen, welche

unseren Wohlstand über Jahrzehnte erst ermöglichten. Weg von trockenen Vernunftentscheidungen hin zur linksradikalen Identitätspolitik, Umverteilung und Gesellschafts-Umbau.

Linksradikale Ideologen

Hunderte Millionen Steuerfranken werden für allerlei Unsinniges und linke Selbstbeschäftigung regelrecht verbrannt. Die Staatskosten steigen ins Astronomische. Um weit über 2000 Millionen Franken ist das wiederkehrende Budget der Stadt Zürich nach Ablauf der Legislatur grösser. Der Stadtbetrieb kostet bereits über 11 Milliarden Franken (!)

pro Jahr. Leerläufe ohne Ende, mitunter jährlich über 100 Millionen Franken höhere Personalkosten. Die Finanz- und Gesellschaftspolitik von Rot-Rot-Grün ist ausser Brand und Band.

Für eine starke SVP

Es braucht eine starke SVP. Und eine starke SVP ist vorhanden. Wir können eine Mehrheit mit vernünftigen Kräften im Gemeinderat erreichen – ein Korrektiv zu einem Stadtrat, der nach den Wahlen mit grösster Wahrscheinlichkeit extrem links sein wird. Wir haben es nun in der Hand, das Blatt zu wenden – zu unseren Gunsten, zu

gunsten der Ideale der freien Eidgenossenschaft Schweiz.

Für die Freiheit

Nächste Woche treffen die Wahlkuverts ein. Jetzt und bis zum 8. März ist der Zeitpunkt, um alles in Bewegung zu setzen und klarzumachen: Wir lassen weder die Schweiz noch die Stadt Zürich

«Wir können eine Mehrheit mit vernünftigen Kräften im Gemeinderat erreichen.»

rich von den radikalisierten Linken an die Wand fahren. Für eine sichere Zukunft in Freiheit: Liste 5 in den Gemeinderat und Ueli Bamert in den Stadtrat (auch als Stapi)!



Zürich ist eine wunderbare Stadt mit vielen fleissigen Bewohnern. Zürich verdient mehr als eine linksradikale Identitätspolitik, hohe Steuern und einen Staat, der alles kontrollieren will. Zürich verdient eine bürgerliche Wende. Zürich braucht mehr SVP! Machen wir es am 8. März wahr.

Bild: zVg

AUS DEM ILLNAU-EFFRETIKER STADTPARLAMENT

Gemeindewahlen am 8. März 2026 in Illnau-Effretikon

Am 8. März 2026 steht Illnau-Effretikon vor wichtigen kommunalen Erneuerungswahlen. Die Stimmberechtigten der Stadt sind aufgerufen, über die Zusammensetzung der politischen Behörden für die Amtsdauer 2026–2030 zu entscheiden.



Daniel Huber
Fraktionspräsident SVP Illnau-Effretikon

Gewählt werden nebst dem siebenköpfigen Stadtrat auch das Stadtparlament (36 Mitglieder), die Schulpflege (8 Mitglieder) sowie die Baubehörde (3 Mitglieder). Still gewählt werden die Sozialbehörde (6 Mitglieder) und der Notar. Die Wahlen gelten als wegweisende Standortbestimmung für die politische Ausrichtung unserer Stadt, die als wachsende Stadtgemeinde im Kanton Zürich vor vielfältigen strukturellen und finanziellen Herausforderungen steht.

Wahlen des Stadtrates im Fokus

Im Mittelpunkt steht für die SVP die Stadtratswahl, welche eine Personenwahl ist. Mit Daniel Huber und Simon Binder stellen sich zwei Teamplayer zur Wahl, die mit ihrem Slogan «Tatkräftig, konstruktiv und bürgernah» genau das verkörpern, was in den letzten zwei Legislaturen in der Regierung aufgrund fehlender SVP-Vertretung leider verloren gegangen ist. Unser Ziel als wählerstärkste Partei ist die Rückkehr in den Stadtrat.

Das 36 Sitze umfassende Stadtparlament wird im Proporzverfahren gewählt. Dieses Wahlsystem ermöglicht eine differenzierte Stimmabgabe und sorgt für eine breite parteipolitische Abbildung

der Bevölkerung. Auch hier strebt die SVP Illnau-Effretikon mit einem breiten Kandidatenfeld zusätzliche Sitze an. Neben den etablierten Parteien beteiligen sich auch kleinere Gruppierungen und neue Kandidierende an diesem Wahlgang. Alle setzen unterschiedliche inhaltliche Schwerpunkte, unter anderem bei der Stadtentwicklung, in der Finanzpolitik, der Verkehrs- und Raumplanung sowie bei sozial- und bildungspolitischen Fragen.

Ein zusätzlicher Sitz in der Schulpflege soll durch uns mit dem 34-jährigen Sekundarlehrer Dario Hartmann erobert werden. In der Baubehörde streben wir einen Einsitz mit Philipp Binder, Sohn von Alt Stadtrat und Alt Nationalratspräsident Max Binder, im Gremium an. Die Wahlergebnisse und die daraus entstehenden Mehrheitsverhältnisse werden zeigen, welche politischen Prioritäten künftig gesetzt werden und wie Illnau-Effretikon seinen Weg zwischen Wachstum, Lebensqualität und finanzieller Verantwortung weitergeht.

Wahlkampf, Beteiligung und zentrale Themen

Der Wahlkampf der SVP Illnau-Effretikon wird geprägt von der starken Plakatierung entlang der Strassen auf dem gesamten Stadtgebiet. Das ist unsere Stärke, geprägt durch die vielen Landeigentümer in unserer Partei. Wichtig ist uns aber auch der direkte Austausch mit der Stimmbevölkerung an Stand- und Verteilaktionen bei den beiden Bahnhöfen und auf den Dorfplätzen in

unseren verschiedenen Stadtteilen. Im Weiteren wird ein überparteilich organisiertes Stadtratspodium stattfinden. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Mobilisierung der Stimmberechtigten, da die Wahlbeteiligung auf kommunaler Ebene landesweit unter Beobachtung steht. Inhaltlich dominieren Fragen zum Umgang mit dem Bevölkerungswachstum, zum Ausbau der städtischen Infrastruktur, zu bezahlbarem Wohnraum sowie zur langfristigen Finanzplanung. Auch der Öffentliche und der Strassenverkehr, das Parkplatzthema im Zentrum und das Spannungsfeld zwischen Siedlungsentwicklung und Landschaftsschutz werden immer wieder themati-

siert. Trotz teils sehr unterschiedlicher Positionen verlief der politische Diskurs bis jetzt überwiegend sachlich und lösungsorientiert.

Vandalismus ist undemokratisch

Doch nicht immer ist Wahlkampf harmonisch: Nicht einmal 24 Stunden lang hingen unsere Plakate, bevor sie mutwillig zerstört und achtlos in der Kempt entsorgt wurden. Wir stellen uns gerne zur Verfügung, um über Inhalte und andere Meinungen zu diskutieren, aber Sachbeschädigungen und Umweltverschmutzung akzeptieren wir nicht. Hier fehlen unseren politischen Widersachern die Argumente – ein wahrliches Armutszeugnis! Wir lassen uns durch solchen Vandalismus nicht unterkriegen und setzen uns weiterhin mit Kopf und Herz für Illnau-Effretikon ein.



Die Zerstörung von SVP-Wahlplakaten zeigt deutlich, dass den Gegnern die Argumente fehlen.

Bild: SVP Illnau-Effretikon

SVP ADLISWIL

Adliswil braucht eine starke SVP!

Am 8. März 2026 gilt es ernst: Adliswil wählt ein neues Parlament sowie den Stadtrat und die Schulpflege. Obwohl Adliswil direkt an die Stadt Zürich grenzt, ist die SVP mit Abstand die wählerstärkste Partei. Und dies soll auch so bleiben.

In den letzten vier Jahren war die SVP jedoch leider nicht mehr in der Exekutive vertreten – mit fatalen Folgen. Sie hat versucht, im Parlament die Ausgabenflut von Mittelinks abzuwenden.

Die Stadt Adliswil hat in den vergangenen vier Jahren massiv Substanzrat buchstäblich verschwendet. Anstatt zu sparen, wurden grosszügige Bauprojekte realisiert. Anstatt sich darauf zu fokussieren, gute Steuerzahler und zahlungskräftige Unternehmen nach Adliswil zu holen und dafür die Bedingungen zu schaffen, wurde durch Mittelinks der Steuerfuss auf 104 % erhöht. Offenbar haben die sogenannten «bürgerlichen» Parteien immer noch nicht verstanden, dass man nicht die Einnahmen nach den Ausgaben, sondern die Ausgaben nach den Einnahmen richten sollte. Nicht mehr ausgeben als einnehmen, sollte doch eigentlich selbstverständlich sein.

Genau jene Vertreter von FDP und Mittelinks, welche sich nun bei den

Wählern anpreisen, in der neuen Legislatur sorgfältig mit den Staatsgeldern umgehen zu wollen, haben die schiefe Finanzlage in Adliswil mitzuverantwortet. Deshalb braucht es einen klaren Richtungswechsel: Politik für die langjährigen Einwohner von Adliswil und einen verantwortungsvollen Umgang mit staatlichen Geldern. Nicht noch mehr Verwaltung, sondern Sorgfalt und guter Umgang mit den noch ansässigen privaten Unternehmen.

Es braucht einen Fokus auf die echten bürgerlichen Werte wie Sicherheit, Freiheit und Eigenverantwortung. So hat Adliswil die Chance, in Zukunft eine attraktive Gemeinde zu bleiben. Deshalb ist es wichtig, am 8. März 2026 Renato Jacomet in den Stadtrat, Raphael Weyermann in die Schulpflege und SVP-Liste 1 in den Gemeinderat zu wählen. Für eusi Lüüt!

Sebastian Huber,
Vizepräsident Gemeinderat Adliswil
und Präsident SVP Adliswil

SVP ILLNAU-EFFRETIKON

«Ärmel hoch für Illnau-Effretikon» – SVP Illnau-Effretikon mit eigener Parteizeitung

Die SVP Illnau-Effretikon hat ihren Wahlkampf für die Gemeindewahlen vom 8. März 2026 mit einer grossangelegten Aktion lanciert: Rund 9000 Haushalte erhielten in der vergangenen Woche die aktuelle Parteizeitung.

Ein besonderer Blickfang auf der Titelseite ist das prominente Grusswort von Regierungsrätin Natalie Rickli. Dank der Unterstützung zahlreicher lokaler Gewerbetreibender konnte die Produktion der Zeitung weitgehend über Inserate finanziert werden, was die tiefe Verankerung der Partei im örtlichen Gewerbe unterstreicht.

Im Zentrum der Kampagne steht die angestrebte Rückkehr der SVP in den Stadtrat mit den Kandidaten Daniel Huber und Simon Binder. Die Ortspartei weist darauf hin, dass sie im Parlament zwar die stärkste Kraft bildet, in der Exekutive sowie der Baubehörde derzeit jedoch nicht vertreten ist. Angesichts des rasanten Bevölkerungswachstums – bis 2030 wird mit 3000 zusätzlichen Einwohnern gerechnet – gibt es dringenden Handlungsbedarf. Die vorausschauende Planung von Schulraum,

Verkehrswegen und Altersangeboten sowie die Bewältigung von Herausforderungen im Asylwesen stehen dabei ganz oben auf der Agenda.

Neben kommunalen Themen bietet die Zeitung auch Orientierung für die nationalen Abstimmungen. So positioniert sich die Partei etwa klar für die SRG-Initiative («200 Franken sind genug») und gegen die Individualbesteuerung, um den Mittelstand und Familien zu entlasten.

Simon Binder,
Stadtparlamentarier und
Stadtratskandidat SVP

Die gesamte Zeitung ist unter folgendem QR-Code abrufbar:



Rund 9000 Haushalte erhielten in der vergangenen Woche die aktuelle Parteizeitung.

Bild: zVg

SVP AESCH

Vorstand erweitert und Kandidaturen bestimmt

Die ordentliche Generalversammlung der SVP Aesch fand Ende Januar 2026 im Brunnehofsääli statt und war gut besucht.

Heuer waren Erneuerungswahlen für Vorstand und Revisoren fällig. Alle bisherigen Vorstandsmitglieder und Revisoren stellten sich wiederum zur Verfügung. Einstimmig bestätigt wurden als Vorstandsmitglieder Diego Bonato (Präsident), Flavio Friedrich, Martin Hartmann, Markus Mörgeli und Patrick

«Die SVP geht mit starken Kandidaten in die kommenden Wahlen.»

Mörgeli sowie als Revisoren Reto Sonderegger und Sibylle Gut. Zudem interessierten sich erfreulicherweise zwei junge Frauen für die Vorstandstätigkeit. Mit viel Freude und jeweils grossem Applaus wurden neu in den Vorstand Farrah Peter (Hausfrau und selbststän-

dige Coiffeuse) und Anna Kriech (Gerichtsschreiberin Baurekursgericht) gewählt.

SVP-Kandidaturen Gemeindewahlen

Am 8. März 2026 stehen die Gemeindewahlen an. Die SVP Aesch unterstützt mit einem eigenen Flyer in alle Aescher Haushalte die folgenden SVP-Kandidaturen: in die Primarschulpflege Farrah Peter (bisher), in die Rechnungsprüfungskommission Michael Gut (Brandschutzfachmann, neu), in die Sekundarschulpflege Sibylle Gut (bisher) und Denise Brunner-Krebser (bisher).

Bekanntlich hat die SVP Aesch für den Gemeinderat keine eigene Kandidatur. Einige geeignete Personen wurden angefragt, sagten aber ab, da sie beruflich, familiär oder mit Vereinstätigkeiten zu stark gebunden sind.

Die vielen Kritikpunkte am bisherigen Gemeinderat, der vollständig wieder antritt, bleiben aber und beinhalten insbesondere: fehlende Planung Gemeindeaal und Doppelturnhalle, krankheitsbedingte Abwesenheiten Tiefbauvorstand ohne wirksame Stellvertretung, fehlende Ablehnung der unsäglichen Planung von drei Grosswindrädern in Aesch ZH. Die GV beschloss nun, Peter Hofstetter (Treuhänder, parteilos, neu), als Gemeinderat und Gemeindepräsidenten zu empfehlen. Ihm wird die nötige Volksnähe zugeschrieben. Peter Hofstetter erklärte sich bereit, auf dem SVP-Flyer erwähnt zu werden. Spannend wird sein, ob es bei den Gemeinderatswahlen zu einem zweiten Wahlgang kommen wird.

Diego Bonato,
Alt Kantonsrat und Präsident SVP Aesch



Der Vorstand der SVP Aesch (v.l.n.r.): Diego Bonato (Präsident), Martin Hartmann, Markus Mörgeli, Patrick Mörgeli, Farrah Peter, Anna Kriech und Flavio Friedrich.

Bild: zVg

SVP DIETIKON

DJ Stapi in Action

Rund 70 Personen fanden sich am Freitagabend, 30. Januar, in der Reitgesellschaft in Dietikon (RGL) zu einer speziellen Wahlkampfveranstaltung ein.

Punkt 18.30 Uhr begann mit der Begrüssung von Gastgeber Stadtpräsident Roger Bachmann der Anlass, der ganz im Zeichen des persönlichen Austauschs stand. Der Abend stand unter dem Motto von DJ Stapi und Special Guest DJ Tommy alias Nationalrat Thomas Matter und wurde von acht Kandidierenden für den Gemeinderat und Schulpräsidentin Mirjam Peter begleitet.

Die Stimmung im Saal der Reitgesellschaft (RGL) war von Beginn an offen

und lebendig – es wurde viel gelacht. Bei Fleischkäse und selbstgemachtem Kartoffelsalat, dazu Wein, Bier und Softgetränke, kamen Gäste und Kandidierende rasch ins Gespräch. Inhaltlich ging es um lokale und persönliche Anliegen.

Für einen besonderen Akzent sorgte der musikalische Teil des Abends: Stadtpräsident Roger Bachmann, der seine «geheime» Seite als DJ Stapi zeigte. Sein persönlicher Einsatz am DJ-Pult unterstrich den informellen Charakter des

Treffens und trug zur guten Atmosphäre bei.

Der Wahlkampfabend in Dietikon zeigte sich damit als gelungene Mischung aus politischem Dialog, Geselligkeit und Nähe zur Bevölkerung – ein Auftakt, der bei den Anwesenden sichtbar Anklang fand. Der nächste Treffpunkt ist der 7. Februar 2026 auf dem Kirchplatz Dietikon.

Rochus Burtscher,
Kantonsrat und Präsident SVP Dietikon



v.l.n.r.: Roger Bachmann, Rico Iacovelli, Toni Felber, Martin Keller, Koni Lips, Mirjam Peter, Markus Erni, Sandro Strässle, Stefan Steiner und Rémon Freundorfer.

Bild: zVg

Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite im Impressum.



SVP-STÄMME

Der Zürcher Bote

Samstag, 21. Februar 2026, 09.45 – 16.00 Uhr,
Jasscup der SVP Schweiz, Restaurant Breiti,
Seebnerstrasse 21, Winkel. Anmeldung bis
10. Februar 2026 unter 031 300 58 58 oder
an gs@svp.ch.

Dienstag, 17. Februar 2026, 19.30 Uhr,
Abstimmungspodium, Gemeindesaal, Am
Rainli 4, Bonstetten, mit den Nationalräten
Gregor Rutz und Benjamin Fischer.